

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Dr. Marco Genthe, Dr. Stefan Birkner und Jörg Bode (FDP)

Rechtswidrige Prämienzahlungen im Rathaus von Hannover?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Marco Genthe, Dr. Stefan Birkner und Jörg Bode (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 03.09.2019

Verschiedene Medien berichteten, dass die Stadt Hannover seit Jahren rechtswidrig eine Prämie an die Mitarbeiter im Rathaus gezahlt habe. Seit 2015 sei jedes Jahr an 8 500 Angestellte eine sogenannte Leistungsprämie gezahlt worden. „Die Rechnungsprüfer hatten bemängelt, dass die Stadt die Boni nicht nach einem Leistungsprinzip zahlt, sondern nach dem Gießkannenprinzip an alle Mitarbeiter ausschüttet“ (HAZ, 27.08.2019). Die Leistungsprämie fuße auf einer Tarifvereinbarung aus dem Jahr 2005. Damals sei nur die Höhe der Prämie festgelegt worden und „eine variable und leistungsorientierte Bezahlung“ verlangt gewesen (§ 18 TVöD). Die konkrete Umsetzung sollte eine Dienstvereinbarung zwischen Arbeitgebern und Personalräten in den jeweiligen Kommunen regeln (HAZ, 28.08.2019).

„In Hannover wurde die Leistungsprämie noch in der Amtszeit von Oberbürgermeister Stephan Weil (SPD) eingeführt. Nach Informationen der HAZ wurde bei der Vergabe der Prämie eine minimale Differenzierung berücksichtigt: 90 % der Mitarbeiter bekamen eine pauschale Prämie, 10 % erhielten mehr. Ab 2015 änderten Personaldezernat und Personalrat die Dienstvereinbarung. Fortan kassierten alle tariflich Beschäftigten die gleiche Summe“ (HAZ, 28.08.2019).

Am 31.08.2019 berichtete die *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, dass sich nun das Innenministerium eingeschaltet habe. Die Kommunalaufsicht gehe der Frage nach, ob die rechtswidrige Dienstvereinbarung über die Einmalzahlungen zwischen Stadt und Gesamtpersonalrat möglicherweise vorsätzlich geschlossen worden sei. Diese Frage stelle sich, da der Kommunale Arbeitgeberverband Niedersachsen (KAV) seine Mitglieder bereits im Jahr 2014, also vor den Verhandlungen zur Dienstvereinbarung, gewarnt habe, Regelungen zu treffen, die die gleichmäßige Verteilung der Leistungsprämie auf alle Mitarbeiter vorsehen würden (HAZ, 31.08.2019).

1. Wie bewertet die Landesregierung die genannten Vorgänge im Rathaus von Hannover aus kommunalaufsichtlicher Sicht?
2. Wie bewertet die Landesregierung die „Prämien“-Zahlungen von 2005 bis 2015 im Rathaus Hannover?
3. Wie bewertet die Landesregierung die „Prämien“-Zahlungen von 2015 bis 2019 im Rathaus Hannover - insbesondere die pauschale Auszahlung einer Leistungsprämie ohne Leistungsprüfung?
4. Wann war wem in der Landesregierung diese Auszahlungspraxis bekannt?
5. Seit wann ist der Landesregierung bekannt, dass die „Prämien“-Zahlungen im Rathaus Hannover womöglich rechtswidrig waren/sind?
6. War der Landesregierung das Rundschreiben des KAV aus dem Jahr 2014 bekannt? Wenn ja, seit wann, und wie hat die Landesregierung darauf reagiert?
7. Ist der Landesregierung bekannt, ob auch in anderen Kommunen derartige Prämien gezahlt werden/wurden? Wenn ja, in welchen Kommunen und in welchem Umfang?

(Verteilt am 09.09.2019)